

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 00 33/39  
Telex: 8 88 649 ppbn d  
Telefax: 21 00 64

## Inhalt

Walter Momper, Regierender  
Bürgermeister von Berlin, zum  
45. Jahrestag des Kriegsendes:  
Aktiv den Frieden denken.  
Seite 1

Hans Böhler MdB zum Aus-  
gang der Kommunalwahlen in  
der DDR: Chance für demo-  
kratische Strukturen in  
Städten und Gemeinden.  
Seite 3

Hedda Jungfer MdL zu einem  
„Info“ aus dem Münchner  
Sozialministerium: Bayerische  
Gleichstellungsstelle besorgt  
Unions-Propaganda.  
Seite 4

Ludwig Stiegler MdB zur Has-  
selfeldt-Ankündigung, gegen  
horrende Erhöhungen vor-  
gehen zu wollen: CSU-Wende  
beim Mietrecht?  
Seite 5

### Dokumentation:

Die Worte und Taten des Dr.  
Blüm bei der Gesundheitsre-  
form  
Seite 6

45. Jahrgang / 86

7. Mai 1990

### Aktiv den Frieden denken

Zum 45. Jahrestag des Kriegsendes

Von Walter Momper  
Regierender Bürgermeister von Berlin

Vor 45 Jahren endete der Zweite Weltkrieg - aber was sich seitdem vielen Historikern und Politikern als bisher längste Periode des Friedens darstellt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als ein beklemmender Feldzug gegen Millionen von Menschen und gegen die Zukunft der Erde. Von Hiroshima bis Tschernobyl, von der zunehmenden Verelendung der Dritten Welt bis zum bedenkenlosen Ausbeuten der Naturressourcen durch die Erste Welt und die unübersehbar gewordenen ökologischen Verwüstungen durch die Kommandowirtschaft der Ostblockstaaten zeigt sich die nachhaltige Schädigung unserer Lebensräume von 1945 bis heute. Ganz abgesehen von den zahlreichen Klein- und Stellvertreterkriegen, die Millionen Menschenleben forderten. Es ist Zeit, höchste Zeit, jetzt nicht nur eine Politik des drastischen Abrüstens einzuläuten, sondern das alte Denken in militärischen Kategorien abzulösen, indem wir aktiv den Frieden denken.

Die friedliche Revolution im Osten wird und muß durch die weitere wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Vernetzung der Welt weiter vorangebracht werden. Dabei wird die aufblühende Ost-West-Metropole Berlin eine wichtige Rolle spielen. Erst wenn Ost und West nicht nur zum gemeinsamen Nutzen, sondern zum Nutzen aller Völker und Menschen handeln, wenn alle Kräfte zusammenfließen, um Frieden und erträgliche Lebensbedingungen auch in ferneren Regionen zu schaffen, ist eine aktive Friedenspolitik erreicht. Der Verzicht auf die eine oder andere Waffengattung und die drastische Reduzierung militärischer Sollstärken, sind erste Ansätze.

Auch wenn die Praxis ein mühsamer diplomatischer Prozeß ist, muß wenigstens das Denken und die politische Planung dem Friedensprozeß vorauslaufen. Ein künftiges, vereintes Deutschland darf sich nicht damit begnügen, keine Bedrohung mehr für seine Nachbarn darzustellen und im übrigen seine Kraft darauf zu konzentrieren, den Wohlstand im Innern und die Konkurrenzfähigkeit nach außen zu mehren. Das vereinte Deutschland tritt in ein vielfältiges Geflecht von Beziehungen und Verpflichtungen gegenüber dem Osten und dem Westen

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressahauss 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfältigt  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



und vor allem gegenüber den Völkern der Dritten Welt ein. Bei den Völkern in benachteiligten Regionen außerhalb Europas wachsen die Sorgen, von einem dynamischen, prosperierenden Europa, das mit sich selbst beschäftigt ist, links liegen gelassen zu werden.

Eine aktive Friedensplanung, die unabhängig von den Zwei plus Vier-Verhandlungen jetzt schnell auf den Tisch muß, läßt die Bundesregierung bisher völlig vermissen. Es gibt ebensowenig realistische Vorstellungen über die Finanzierung der deutschen Vereinigung wie über das drastische Herunterfahren des Rüstungsetats. Dagegen wird erneut die Tendenz erkennbar, die Lasten zum Nachteil der Schwachen nach innen und außen zu verlagern. Sicherheitspartnerschaft und drastische Abrüstung müssen Hand in Hand gehen. Das bedeutet: Die ABC-Waffen-Arsenale in Zentraleuropa entlang der alten Blockgrenze müssen binnen zwei Jahren vollständig abgerüstet werden. Die Bundeswehr muß auf 240.000 Mann verringert werden. Auf den Jäger 90 ist zu verzichten. Als Ziel der Wiener Verhandlungen muß angestrebt werden, im konventionellen Bereich um 50 Prozent abzurüsten. Die Mittel- und Langstreckenarsenale müssen um 50 Prozent verringert werden. Eine gemeinsame Sicherheitsplanung muß begonnen werden.

Die Vereinigung Deutschlands darf nicht zu einer Verschiebung der militärischen Gewichte in Mitteleuropa führen. Alle Armeen sind auf reine Selbstverteidigungskräfte umzustellen. Sie müssen strukturell nichtangriffsfähig sein. Schließlich gilt es, die alten militärischen Blöcke aufzulösen und eine Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion zu vereinbaren. Das Gebiet der jetzigen DDR sollte nach einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten bis zur Schaffung einer europäischen Friedensordnung von deutschen Truppen entmilitarisiert werden. Dieser Status sollte von den vier Mächten garantiert werden.

Der Warschauer Vertrag verliert seine Bedeutung als Militärbündnis. Sein Ende ist absehbar. In dieser Situation muß auch die NATO umgestaltet werden. Ein westliches Militärbündnis ohne einen östlichen Gegner verliert seine Funktion. Die NATO muß sich vom militärischen zu einem politischen Bündnis wandeln. Sie muß sich für neue Mitglieder öffnen. Es wird Zeit, mit Artikel 10 des Nordatlantikvertrages Ernst zu machen, in dem es heißt: „Die Parteien können durch einstimmigen Beschluß jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrages zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebietes beizutragen, zum Beitritt einladen.“ Es geht mir also darum, die NATO als gewandeltes politisches Bündnis, als Keimzelle für ein europäisch-atlantisches kollektives Sicherheitssystem zu nutzen. In dieser werden dann die USA ebenso wie alle europäischen Mächte ihren Platz haben. Die eine Großmacht, die Sowjetunion, ist eine europäische Macht. Die USA als zweite Großmacht sind für die Balance der Mächte auf dem europäischen Kontinent weiter unerlässlich.

Diese Konstruktion sollte spätestens am 50. Jahrestag des Kriegsendes keine Utopie mehr sein.

(-/7.5.1990/rs/fr)

\* \* \*

Chance für demokratische Strukturen in Städten und Gemeinden

Zum Ausgang der Kommunalwahlen in der DDR

Von Hans Böhler MdB

Obmann im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Das Ergebnis der ersten freien Kommunalwahlen in der DDR mag nicht alle gleichermaßen befriedigen; wir sind jedoch mit den Bürgerinnen und Bürgern der DDR stolz darauf, daß zum ersten Mal frei über die Zusammensetzung der kommunalen Parlamente und die künftigen Bürgermeister entschieden wurde. Jetzt besteht die Chance, auch auf kommunalem Gebiet demokratische Strukturen zu errichten. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit.

Die SPD der DDR hat im Kommunalwahlkampf hart um Stimmen gerungen. Wenn sie ihr Potential noch nicht ausschöpfen konnte, hat dies auch objektive Gründe: Im Gegensatz zur CDU, zur PDS und den Liberalen konnte die SPD nicht auf einen bestehenden Apparat und Funktionsträger bis in die kleinste Gemeinde hinein zurückgreifen. Nach nur sieben Monaten Existenz konnte sich die SPD noch nicht überall organisieren, immer noch fehlen Büros und technische Mittel sowie Geld.

Die CDU-Verluste sind wohl weniger darauf zurückzuführen, daß die DDR-Wähler mit der Koalitionsregierung unzufrieden ist, sondern darauf, daß die Bundesregierung über Wochen die Menschen in der DDR im Unklaren ließ über die Ausgestaltung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. So ist das Wahlergebnis auch eine Quittung für den Bundeskanzler, dessen Versprechen von den Menschen nachdrücklich eingefordert werden.

Die PDS-Nachfolgeorganisation der SED ist nach wie vor zu stark. Es ist ihr gelungen, Ängste zu mobilisieren und in Stimmen umzusetzen. Dort, wo es sich anbietet, wird es zu großen Koalitionen kommen müssen, um die PDS zurückzudrängen.

Wir freuen uns über die Erfolge der SPD in Städten wie Berlin und Leipzig. Erfolgreiche SPD-Bürgermeister werden die Partei insgesamt voranbringen. Das Ergebnis für die SPD bei den Kommunalwahlen ist keine Absage an die Regierungsbeteiligung der SPD in der Koalition. Die soziale und außenpolitische Wächterrolle der SPD in der DDR-Regierung bleibt notwendig. Erfolgreiche Regierungsarbeit in der Koalition wird Früchte tragen. (~/7.5.1990/vo-he/rs)

\* \* \*

**Bayerische Gleichstellungsstelle besorgt Unions-Propaganda**

Zu einem „Info“ aus dem Münchner Sozialministerium

Von Hedda Jungfer MdL

Stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Daß Erzeugnisse der bayerischen Staatsregierung häufig genug reine CSU-Werbung sind, ist bekannt. Doch derart dummdreist und unverfroren, wie das bayerische Sozialministerium jetzt vorgegangen ist, ist neu.

Die „Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern“ im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung versandte als Anlage zur „Info 14/90“ - diese wird an alle Gleichstellungsstelle in ganz Bayern verschickt - einen „CDU-Leitfaden für die praktische Arbeit vor Ort“. Es ist der Gipfel, daß Staatsinstitutionen als kostenlose Verteilapparate für Unions-Propaganda mißbraucht werden. Mit derartiger CDU/CSU-Werbung auf Steuerzahlerkosten muß sofort Schluß sein.

Die CSU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Frauen-Union Ursula Männle scheint offensichtlich als einzige Politikerin für das bayerische Sozialministerium etwas für die Gleichstellung von Frauen und Männern bewirken zu können. Denn nur die CSU-Politikerin wurde in den Info-Verteiler aufgenommen. Ich fordere alle Fraktionen von Bundes- und Landtag in den Verteiler aufzunehmen - nicht nur eine CSU-Politikerin.

In einer Schriftlichen Parlamentsanfrage will ich nun von der Staatsregierung wissen, ob sie diese CDU-Broschüre „Kinderfreundliche Gemeinde“ beim Info 14/90 etwa nicht für eindeutig parteipolitische Werbung hält. Weiter frage ich: Will die Staatsregierung künftig - auf Antrag - Werbematerial aller politischen Parteien und Gruppierungen an geeignete Verteiler versenden? Wieso ist im Verteiler der Info 14/90 Frau CSU-MdB Professor Männle enthalten, jedoch keine Politikerin anderer Parteien?

(-/7.5.1990/rs/fr)

\* \* \*

CSU-Wende beim Mietrecht?

Zur Hasselfeldt-Ankündigung, gegen horrenden Erhöhungen vorgehen zu wollen

Von Ludwig Stiegler MdB  
Stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Einsicht der CSU, daß ihre unsoziale Mietrechtspolitik für Hunderttausende zu einer sozialen Katastrophe wurde, kommt spät. Hätte sie nur früher auf uns gehört, insbesondere auch auf die Warnungen von Oberbürgermeister Georg Kronawitter!

Mit Ablenkungsmanövern ist niemandem gedient. Ich warne die CSU vor einem bloßen Täuschungsmanöver gegenüber den Mietern. Es ist bezeichnend, daß innerhalb der Bundesregierung der liberale Justizminister für das Mietrecht zuständig und die FDP bereits auf Distanz gegangen ist.

Hier ist möglicherweise ein reines taktisches Manöver zur Täuschung der Öffentlichkeit geplant. Der unzuständige Minister kündigt etwas an, was der zuständige Minister und Koalitionspartner blockiert. Das werden wir der CSU nicht durchgehen lassen und sie im Bundestag zum Schwur treiben.

Wir fordern die Rückkehr zum sozialen Mietrecht der SPD: eine Rückkehr zum sozialen Mietrecht, das die SPD 1974 mit dem 2. Wohnraumkündigungsschutzgesetz durchgesetzt hatte. Heute rächt sich der Fluch der ersten bösen sozialen Tat der Wendekoalition von 1982, die noch im Dezember 1982 wenige Wochen nach der Wende gegen den erbitterten Widerstand der SPD das sogenannte Gesetz zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen durch den Bundestag gepeitscht hat. Damals hat die CSU die Mieter den ungehemmten Mietsteigerungen ausgeliefert, indem anstelle der Mietbremsen der SPD das jetzt geltende Mietexplosionsverfahren durchgepeitscht worden war.

Es ist eingetreten, was wir damals prophezeit haben: Das Mietwohnungsangebot ist nicht erhöht worden, dafür haben viele brutal Kasse gemacht. Das ist das schreckliche Ergebnis der CSU-Mietrechtspolitik.  
(-/7.5.1990/rs/fr)

\* \* \*

**D O K U M E N T A T I O N**  
=====

**Die Worte und Taten des Dr. Blüm bei der Gesundheitsreform**  
-----

Der NRW-Spitzenkandidat der CDU, Arbeits- und Sozialminister Dr. Norbert Blüm, hat die Gesundheitsreform als sozialpolitischen Erfolg verkauft, tatsächlich bewirkte sie ein Stück Sozialabbau. Mit Blick auf die Wahlkampfauftritte des CDU-Spitzenkandidaten in NRW eine Gegenüberstellung von Anspruch und Wirklichkeit.

**Das hat der CDU-Kandidat gesagt:**  
-----

„Eine über den Beitrag hinausgehende zusätzliche Selbstbeteiligung der Kranken würde ausgerechnet bei Schwächeren eine zusätzliche Solidaritätsanstrengung abfordern.“

„Wenn das Wort Selbstbeteiligung in dem Sinne verstanden wird, daß diejenigen, die krank sind, eine zusätzliche Leistung erbringen müssen, so verstößt das gegen den Elementargedanken der solidarischen Pflichtversicherung.“

(Norbert Blüm in: „Die Entschaldung“, September 1977)

**Das hat der CDU-Kandidat getan:**  
-----

Die „Gesundheitsreform“ von Bundesminister Blüm hat bei ehrlicher Rechnung kein Geld gespart, sondern Ausgaben zu Lasten der Versicherten und Kranken umverteilt.

Es stimmt: Die Leistungsausgaben der Krankenkassen sind gesunken. Das ist kein Wunder, wenn Leistungen der Kassen gestrichen werden. Demgegenüber sind die Ausgaben der Patienten gestiegen.

Das Bundesarbeitsministerium hatte bis Anfang 1990 Senkungen der Beitragssätze um 0,7 Prozentpunkte vorausgesagt. Tatsächlich sind die Beiträge um 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte gesunken. Einige Krankenkassen gehen heute schon davon aus, daß ab 1991 die Beiträge wieder steigen werden.

Seit dem 1. Januar 1990 gelten Festbeträge für einige Arzneimittelwirkstoffe. Einbußen durch diese Preissenkungen gleichen die Pharmaunternehmen aber weitgehend durch Preiserhöhungen bei anderen Medikamenten aus. Das Wissenschaftliche Institut der Ortskrankenkassen sprach im Februar 1990 von einem „dramatischen Preisanstieg“ bei den Arzneimitteln, für die kein Festbetrag gilt.

Die von Bundesminister Blüm festgeschriebene und erhöhte Selbstbeteiligung bedeutet praktisch einen zweiten Beitrag zur Krankenversicherung. Das verstößt in der Tat gegen den Elementargedanken der solidarischen Pflichtversicherung.  
(-/7.5.1990/rs/fr)